



ASIEN/MALAYSIA - Religionsvertreter lehnen Einführung der muslimischen „Hadd-Strafe“ ab: „Religion darf nicht zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden“

Kuala Lumpur (Fidesdienst) – „Unsere Position ist unmissverständlich: wir lehnen den ‚Status quo‘ ab und fordern den Respekt der gültigen Verfassung, die für die die Rechte der Minderheiten garantiert und aus Malaysia keinen islamischen Staat macht. Wir sind gegen jede Änderung und Einführung islamischer Gesetze, wie zum Beispiel die muslimische Hadd-Strafe“, so der Vorsitzende des „Malaysian Consultative Council of Buddhism, Christianity, Hinduism, Sikhism and Taoism“ und protestantische Pastor Thomas Philips, im Namen der nicht muslimischen Religionsvertreter in Malaysia.

Die Einführung der Hadd-Strafe wurde von verschiedenen muslimischen Gruppierungen und Religionsvertretern, darunter auch Parlamentarier der Regierungspartei UMNO in der Öffentlichkeit gefordert. Diese Ahndung der im Koran, also im sakralen Recht festgelegten Straftatbestände, die gegen die „Rechte Gottes“ verstoßen soll auch für Nichtmuslime gelten, was die Vertreter der anderen Religionen als „verfassungswidrig“ bezeichnen.

Der hinduistische Religionsvertreter Mogan Shan erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass Nichtmuslime von den derzeit geltenden Gesetzen bereits diskriminiert werden, insbesondere wenn es um Mischehen geht“, bei denen der nichtmuslimische Ehepartner zum Islam konvertieren muss. Die Religionsvertreter erinnern auch an die „zweispurige Rechtssprechung“ in Malaysia, wo es sowohl zivile Gerichte als auch islamische Gerichte gibt, die nach den für Muslime geltenden Gesetzen der Scharia urteilen. Dies führe immer wieder zu Problemen und es gebe bereits rund tausend Fälle in denen es zu einem „Gerichtsstands-Konflikt“ kommt.

Pastor Philips erklärt gegenüber dem Fidesdienst: „Ich glaube, dass es sich bei den öffentlichen Forderungen nach Einführung der Hadd-Strafe um politisches Kalkül handelt: mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen, wollen einige Politiker mit religiösen Themen Stimmen gewinnen. Wir fordern, dass die Religion nicht zu politischen Zwecken instrumentalisiert werden darf. Die Wahlkampagne muss sich mit den tatsächlichen Problemen der Menschen befassen und sollte dabei keine religiösen Themen ausnutzen.“ (PA) (Fidesdienst, 06/11/2012)